

EINKOMMENSOFFENLEGUNG BEI KPÖ-POLITIKERN

Demonstration für gerechte Einkommen



2000 Euro bleiben als Einkommen, der Rest der Politbezüge geht an Menschen in Not: KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher, Wohnungsstadträtin Elke Kahr, Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger

Seit zehn Jahren legen KPÖ-Politiker ihre Einkommen offen. Sie helfen mit dem überhöhten Teil der Einkommen Menschen in Notlagen. Bisher waren das mehr als 801.000 Euro (elf Millionen Schilling).

Erfreulich und bedrückend zugleich ist die Abrechnung des KPÖ-Sozialfonds aus dem Jahr 2008. Erfreulich, weil stolze 141.675,41 Euro an Menschen in Not verteilt werden konnten. Und traurig, weil 1344 Personen unterstützt werden mussten; um 161 mehr als 2007. Der Strom derer, die in Not geraten, wird immer größer. Und für 2009 sieht es angesichts der

wirtschaftlichen Lage nicht rosig aus.

Die KPÖ-Politikerinnen und Politiker behalten sich von ihrem Einkommen 2000 Euro – das entspricht etwa dem Gehalt eines Facharbeiters. Der (größere) Rest geht seit 1998 in den KPÖ-Sozialfonds. In diesem Jahr wurde Ernest Kaltenegger Grazer Wohnungsstadtrat.

„Politiker sollen sich mit ihrem Einkommen von den Durchschnittsverdienern nicht abheben“, erklärt KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr, „wir waren immer der Meinung, dass Politikerinnen und Politiker zu viel verdienen“. Um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, wurde der Sozialfonds ins Leben gerufen.

801.287,23 Euro

Und der wurde seit 1998

mit 801.287,23 Euro (mehr als elf Millionen Schilling) gefüllt, die an Menschen in Notlagen weitergegeben wurden; an Alleinstehende, Familien, Studenten, Menschen mit schlecht bezahlten Teilzeitjobs. Das Geld wird meist für den unmittelbaren Wohnbedarf verwendet, für Lebensmittel, für Mieten, für das Verhindern von Delogierungen, für Strom und Heizung oder auch einmal für das Vogelfutter eines Tierfreundes.

„Wir helfen unbürokratisch und schnell“, sagt Ernest Kaltenegger, seit 2003 Klubchef im KPÖ-Landtagsklub. Und appelliert an die Menschen, rechtzeitig um Hilfe nachzufragen, weil man sich da noch so manches ersparen könne; etwa durch kompetente Beratung und Hilfe in rechtlichen Fragen.

MEHR GELD FÜR BÜRGERMEISTER?

Während immer mehr Menschen jeden Euro zweimal umdrehen müssen, sollte es den steirischen Bürgermeisterinnen und -meistern bald viel besser gehen. Bis zu 66 Prozent sollte die Gehaltsaufbesserung ausmachen, welche SPÖ und ÖVP im Städte- und Gemeindebund ausgehandelt hatten. Dem wird jetzt der Landtag einen Strich durch die Rechnung machen – die Proteste der KPÖ zeigen Wirkung.

Die Gehaltserhöhung war nämlich auf Drängen der KPÖ ein Thema im Knittelfelder Gemeinderat. Und dort ließ Bürgermeister Siegfried Schafarik (SPÖ) wissen, dass mit einem Beschluss im Landtag nicht zu rechnen sei. „In der aktuellen Situation für eine Erhöhung der Bezüge für Politikerinnen und Politiker einzutreten, wäre ein Hohn“, meint dazu KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher.

GRAZER Stadtblatt

Impressum/Medieninhaber: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein. Bei allen personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für alle Geschlechter.

